

Die Nationale Präventionskonferenz



Pr#ventionsforum 2022

DOKUMENTATION

Das Präventionsforum wird durchgeführt von der

Die Träger der Nationalen Präventionskonferenz (NPK):



Bundesvereinigung
Prävention und
Gesundheitsförderung e.V.



Impressum

Herausgeber:

Die Träger der Nationalen Präventionskonferenz:

GKV-Spitzenverband

Reinhardtstraße 28
10117 Berlin
Telefon: 030 206288-0
E-Mail: kontakt@gkv-spitzenverband.de
Internet: www.gkv-spitzenverband.de

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. Spitzenverband

Glinkastraße 40
10117 Berlin
Telefon: 030 13001-0
E-Mail: info@dguv.de
Internet: www.dguv.de

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

Weißensteinstraße 70-72
34131 Kassel
Telefon: 0561 785-0
E-Mail: 110_verbandskontakte@svlfg.de
Internet: www.svlfg.de

Deutsche Rentenversicherung Bund

Ruhrstraße 2
10709 Berlin
Telefon: 030 865-0
E-Mail: drv@drv-bund.de
Internet: www.deutsche-rentenversicherung.de

sowie als stimmberechtigtes NPK-Mitglied:

Verband der Privaten Krankenversicherung e. V.

Heidestraße 40
10557 Berlin
Telefon: 030 204589-0
E-Mail: kontakt@pkv.de
Internet: www.pkv.de



Redaktionelle Bearbeitung:

Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V. (BVPG)

Heilsbachstraße 30
53123 Bonn
Telefon: 0228 987270
E-Mail: info@bvpraevention.de
Internet: www.bvpraevention.de

Alle Wortbeiträge wurden nachträglich redaktionell bearbeitet und gekürzt. Sie geben die persönlichen Sichtweisen der Vortragenden Personen wieder.

Gestaltung:

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH

Bildnachweis:

S. 7: Thomas Trutschel; alle anderen:
[Tom Maelsa/tommaelsa.com](http://TomMaelsa.com)

Die Nationale Präventionskonferenz (NPK) wurde mit dem am 25. Juli 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz) eingeführt. Ihre Aufgabe ist es, eine nationale Präventionsstrategie zu entwickeln und fortzuschreiben (§§ 20d und 20e SGB V). Träger der NPK sind die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung sowie die soziale Pflegeversicherung, vertreten durch ihre Spitzenorganisationen:

- GKV-Spitzenverband als Spitzenverband Bund der Kranken- und Pflegekassen,
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung,
- Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sowie
- Deutsche Rentenversicherung Bund.

Sie bilden die NPK als Arbeitsgemeinschaft nach § 94 Absatz 1a SGB X.

www.npk-info.de

Die Nationale Präventionskonferenz



Pr#ventionsforum 2022

DOKUMENTATION

Das Präventionsforum wird durchgeführt von der

Die Träger der Nationalen Präventionskonferenz (NPK):

bvpg

Bundesvereinigung
Prävention und
Gesundheitsförderung e.V.

GKV
Spitzenverband

DGUV
Deutsche Gesetzliche
Unfallversicherung
Spitzenverband

SVLFG

**Deutsche
Rentenversicherung
Bund**

Inhalt

Einführung

Präventionsforum 2022: Klimawandel und Gesundheit - Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten..... 6

Begrüßung

Was das Klima schützt, schützt auch die Gesundheit..... 7

Einführungsrunde

Einblick in Aktivitäten der NPK-Mitglieder im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung 9

Fachvortrag

Klimawandel und Gesundheit - Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten..... 12

Diskussionsforum

Was können Verantwortliche tun? 17

Workshop-Ergebnisse

Transfer in die Praxis 21

Abschlussdiskussion

Welchen Beitrag kann die NPK leisten? 27

Zusammenfassung/Ausblick

Klimawandel, Gesundheitsförderung und Prävention - eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe 30

Präventionsforum 2022: Klimawandel und Gesundheit - Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten

Der Klimawandel und seine Folgen für die Gesundheit der Menschen sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Aus diesem Grund hat das siebte Präventionsforum¹ am 15. September 2022 das Thema „Klimawandel und Gesundheit - Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten“ in den Mittelpunkt gestellt. Die zentrale Frage lautete: Wie kann die Nationale Präventionskonferenz (NPK) dazu beitragen, den mit dem Klimawandel einhergehenden gesundheitlichen Risiken frühzeitig im Rahmen lebensweltbezogener Aktivitäten zur Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung zu begegnen?

Die Teilnehmenden diskutierten unter anderem über folgende Themen: Was wird bereits getan? Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren? Wer sollte welchen Beitrag leisten? Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits? Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

Das Präventionsforum fand erneut als hybride Veranstaltung mit Livestream statt. Referierende, Diskutierende sowie 60 Teilnehmende kamen in Berlin zusammen, während 200 Teilnehmende das Forum per Livestream verfolgten. Das Programm bestand aus einem Mix an Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops, bei denen die Möglichkeit bestand, per Chat Fragen zu stellen, Hinweise zu geben und insbesondere in Workshops mitzudiskutieren.

Veranstaltet wird das Präventionsforum von der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung im Auftrag der Träger der NPK und des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband). Das jährlich stattfindende Forum dient dem fachlichen Austausch der NPK mit Vertreterinnen und Vertretern der für die Gesundheitsförderung und Prävention maßgeblichen Organisationen und Verbände. Die Veranstaltung greift wechselnde Schwerpunktthemen auf. Dementsprechend wird der Kreis der Teilnehmenden jedes Jahr angepasst.

¹ Eine Auflistung der teilnehmenden Organisationen am Präventionsforum 2022 steht Interessierten unter folgendem Link zur Verfügung: www.praeventionsforum.org/2022/teilnehmende_organisationen.pdf

(v. l. n. r.)
 Sebastian Riebe,
 Bundesvereinigung
 der Deutschen
 Arbeitgeber-
 verbände;
 Finn Brüning,
 Deutscher Städte-
 und Gemeinde-
 bund;
 Jana Luntz,
 Deutscher
 Pflegerat;
 Jörg Freese,
 Deutscher Land-
 kreistag;
 Maike Voss,
 Moderatorin



Was das Klima schützt, schützt auch die Gesundheit

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, Präsidentin der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, begrüßte, per Video zugeschaltet, die Teilnehmenden des diesjährigen Präventionsforums.

Für das siebte Präventionsforum haben wir einen Schwerpunkt gewählt, der aktueller nicht sein könnte. Das Forum steht unter dem Titel „Klimawandel und Gesundheit – Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten“. Gesundheit entwickelt sich im Wesentlichen im Alltag. Dort finden wir die Stellschrauben dafür, die notwendig sind, um zum Beispiel den Umgang mit zunehmenden Hitzeperioden infolge der Klimakrise für die Menschen erträglicher zu machen.

Die Klimakrise ist die größte Gesundheitsbedrohung unserer Zeit. So sieht es auch die Weltgesundheitsorganisation. Die Situation ist tatsächlich dramatisch: Wir erwarten zunehmend Tote durch starke Hitze. Immer mehr Kinder leiden unter Allergien, was ebenfalls im Zusammenhang mit der Erderwärmung steht. Hinzu kommt: Kürzlich hat eine Studie belegt, dass der Anstieg der Temperaturen mit einem Anstieg an sozialer Kälte einhergeht. So steigt beispielsweise bei Außentemperaturen von über 30 Grad Celsius die Hasskriminalität im Netz dramatisch an.²

Stellschrauben liegen in unseren Alltagswelten

Es gibt verschiedene Stellschrauben, die wir bedienen können, um uns einerseits dem fortschreitenden Klimawandel entgegenzustellen und andererseits dafür zu sorgen, dass die Gesundheit der Menschen im Rahmen der Klimakrise nicht zu sehr zu Schaden kommt. Das Gute ist, was unserem Klima hilft und unser Klima schützt, das dient auch unserer Gesundheit. Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Klimaschutz schützt also unsere Gesundheit – und zwar die körperliche wie die seelische.



Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, Präsidentin der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung

Viele Stellschrauben liegen in unseren Alltagswelten. Wir müssen dazu übergehen, unsere Städte so zu bauen, dass sich Menschen sicher auf Fahrrad- und Fußwegen fortbewegen können, sowohl die, die noch kleine, wackelige Beine haben, als auch die, die nicht mehr so gut zu Fuß sind. Wichtig sind auch die Themen Ernährung, Begegnungsräume und Stadtentwicklung. Schaffen wir eine Begrünung! Schaffen wir Begegnungsmöglichkeiten, was wiederum Einsamkeit reduziert! Schaffen wir Hitzeschutzanpassungen in unseren Städten!

Manche Gruppen sind stärker betroffen

Wir wissen, dass die Klimakrise die seelische und körperliche Gesundheit stark unter Druck setzt. Manche Personengruppen sind besonders stark betroffen. Dazu gehören ärmere Menschen, ältere Menschen, ganz junge Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Menschen, die beispielsweise in schlecht gedämmten Wohnungen beziehungsweise unter dem Dach leben, oder auch Menschen, die draußen arbeiten. Auch dürfen wir nicht vergessen: Armut macht krank, Krankheit macht arm und ärmere Menschen leiden tendenziell stärker unter

² Stechemesser, A., Wenz, L., Kotz, M. & Levermann, A. (2021). Strong increase of racist tweets outside of climate comfort zone in Europe. *Environmental Research Letters*. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac28b3> (aufgerufen am 24.10.2022)

der Klimakrise, was ihre gesundheitlichen Auswirkungen anbelangt. All das müssen wir beachten. Es muss unser Auftrag sein, im Rahmen dieses Präventionsforums darüber nachzudenken.

Sie haben ein Papier zugesandt bekommen, das die Nationale Präventionskonferenz (NPK) entwickelt hat, mit dem Titel „Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung in Lebenswelten im Kontext klimatischer Veränderungen“. Dieses Klimapapier ist ein vorläufiger Stand, es befindet sich noch im Bearbeitungsprozess. All das, was wir heute miteinander besprechen, auch in den Workshops, wird in dieses Papier einfließen. Ziel des finalen NPK-Papiers soll es sein, mit dem Klimawandel einhergehende Gesundheitsrisiken und Belastungen sowie gesundheitsförderliche und präventive Ansätze, Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu skizzieren.

Was kommt jetzt auf uns zu? Das Präventionsforum findet hybrid statt. Die Referierenden und einige Teilnehmende sind vor Ort in Berlin. Alle anderen Teilnehmenden sind digital zugeschaltet und können das Forum per Livestream verfolgen. Alle werden die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen, entweder durch Beiträge vor Ort, im Chat oder bei den Diskussionen in den Workshops. Ich darf Sie alle einladen, sich rege zu beteiligen. Ich freue mich sehr darauf, wenn wir mit unseren Möglichkeiten, Ideen und Gedanken substanziell vorankommen – für mehr Klimaschutz und somit für mehr Gesundheitsschutz.



Einblick in Aktivitäten der NPK-Mitglieder im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung

Arnd Spahn, Brigitte Gross und Dr. Timm Genett diskutierten unter der Moderation von Maike Voss über Ansätze und Pläne der NPK in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention im Kontext klimatischer Veränderungen. Maike Voss fragte unter anderem, welche Herausforderungen die Diskutierenden sehen, welche konkreten Aktivitäten sie bereits verfolgen und welche Erwartungen sie an das Präventionsforum haben.



Arnd Spahn, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

– Arnd Spahn, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

Das Thema Klimaschutz ist nicht neu, es wird spätestens seit der Rio-Konferenz 1992 weltweit diskutiert. Inzwischen sind 30 Jahre ins Land gegangen und viele, die diesem Thema häufig kritisch gegenüberstanden, müssen sich nun von der Realität überzeugen lassen. Die Zeit der Diskussionen ist vorbei. Wir müssen uns heute überlegen, mit welchen Strategien wir das Klima schützen wollen und welche Maßnahmen angebracht sind, um uns als Gesellschaft an den Klimawandel anzupassen. Wir müssen uns überlegen, wie wir uns der massiven und bedrohlichen Situation als Gesellschaft insgesamt entgegenstellen können.

Für uns Vertreterinnen und Vertreter aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau ist das schon unser tagtägliches Geschäft. Wir vertreten Outdoor-Worker, Menschen, die draußen arbeiten und besonders betroffen sind. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Mit einem Marktanteil von etwa zwei Prozent der Beschäftigten in Deutschland vertreten wir etwa 30 Prozent der Fälle von weißem Hautkrebs in Deutschland. Das ist ein klarer Nachweis dafür, dass diejenigen, die ständig unter den neuen Klimabedingungen arbeiten müssen, in besonderer Weise von Gesundheitsgefährdungen betroffen sind. Hinzu kommen dramatische Entwicklungen im Bereich der Zoonosen, der neuen Erkrankungen, die wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden.

Mit unserem NPK-Klimapapier haben wir eine Vorlage erarbeitet. Wir laden alle heute Teilnehmenden ein, an diesem Papier weiterzuarbeiten, damit wir im November ein finales Dokument haben, das uns eine Arbeitsgrundlage dafür gibt, als Sozialversicherungsträger gemeinsam agieren zu können mit Kommunen, Selbsthilfegruppen, Betroffenen bis hin zu Rettungsdiensten, Polizei und Technischem Hilfswerk. Ziel ist es, die Anstrengungen der für Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland Verantwortlichen verstärkt auf die Verhütung der mit dem Klimawandel einhergehenden Gesundheitsgefahren auszurichten und zu einer Verbesserung der Koordination der Anstrengungen aller Beteiligten beizutragen. Dazu werden Handlungsmöglichkeiten, -notwendigkeiten und Zuständigkeiten der relevanten Akteure sowie zentrale Herausforderungen auf diesem Feld dargestellt.

Ich erwarte mir vom heutigen Tag zahlreiche Beiträge zur Weiterentwicklung des Klimapapiers. Für mich ist wichtig, dass alle Teilnehmenden für sich Unterstützungsbeiträge identifizieren, die sie in diesen Prozess einbringen können, und dafür ihre Verantwortung formulieren. So kommen wir zu einer gesamtgesellschaftlichen Strategie, die es uns möglich macht, nach einem gewissen Zeitraum auch eine entsprechende Evaluation durchführen zu können. Ich bin optimistisch, dass uns dies gelingen wird. Die Kritik, dass wir immer zu spät sind, ist richtig. Aber das soll keine Entschuldigung dafür sein, jetzt



(v. l. n. r.)

Dr. Timm Genett,
Verband der
Privaten Kranken-
versicherung;

Brigitte Gross,
Deutsche Renten-
versicherung Bund;

Arnd Spahn,
Sozialversicherung
für Landwirtschaft,
Forsten und
Gartenbau;

Maike Voss,
Moderatorin

nicht wirklich anzufangen und auf dem aufzubauen, was wir bisher schon geschafft haben.

– **Brigitte Gross, Deutsche Rentenversicherung Bund**

Die menschliche Funktionsfähigkeit und die Funktionsfähigkeit des Planeten hängen untrennbar zusammen. Daher ist jede und jeder Einzelne und jede Institution dazu aufgerufen, etwas zu unternehmen. Auch die Deutsche Rentenversicherung möchte dazu ihren Beitrag leisten. Als öffentliche Institution haben wir den Auftrag, die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung umzusetzen, Treibhausgasneutralität bis 2030 zu erreichen.

Wir haben als Rentenversicherung viele Rollen: Wir sind Sozialversicherungsträger für Rente, wir bieten Rehabilitations- und Präventionsleistungen mit einer Hauptverwaltung an. Wir sind auch Leistungserbringer und betreiben Rehabilitationskliniken. Wir sind also auf ganz vielen Ebenen unterwegs und überlegen, wie wir unseren Beitrag leisten können, CO₂-Emissionen einzusparen und klimaneutral zu werden:

- Bei allen neuen Bauvorhaben überlegen wir, wie wir diese klimaneutral umsetzen können. Das ist eine große Herausforderung; wir haben dafür eine klare Strategie. Dazu haben wir ein

Nachhaltigkeitsmanagement aufgebaut, damit wir die einzelnen Maßnahmen und Instrumente entwickeln, einsetzen und umsetzen können.

- Wir sind auch selbst Klinikbetreiber und bauen Kliniken. Natürlich müssen wir schauen, wie wir den Bau neuer Kliniken klimaneutral und nachhaltig angehen können und was wir in diesen Kliniken einbauen. Wir verfolgen dabei den Ansatz der „Healing Architecture“, das ist für uns ein wichtiges Thema. Wir werden also mitberücksichtigen, wie Gebäude und Kliniken konzipiert sein müssen, um die Gesundwerdung der Patientinnen und Patienten zu stärken.
- In unserer Klinikgruppe haben wir eine Klinik, die am Projekt „KLIK green“ teilnahm. In diesem Projekt wurden auch Klimamanagerinnen und Klimamanager ausgebildet, sodass wir dieses Wissen in die ganze Klinikgruppe hineinragen können. Was in den Kliniken beispielsweise eine große Rolle spielt, ist das Thema Ernährung. Wichtige Fragen sind: Wie ernähren wir uns? Woher kommen die Lebensmittel? Wie gelingt es, sich regional zu ernähren oder weniger Abfall zu produzieren? Die Klinik, die am „KLIK green“ teilnahm, hat jetzt ein neues Küchensystem und hat es in kürzester Zeit geschafft, pro Tag fast 300 Gramm weniger Abfall pro Patientin und Patient zu produzieren.
- Als Leistungsträger für Rehabilitations- und Präventionsleistungen tragen wir dazu bei, Menschen gesund und im Erwerbsleben zu halten. Wir arbeiten in der Prävention und in der Rehabilitation an den Lebensstilveränderungen. Wir stehen vor der Herausforderung, Menschen für Klimaresilienz zu sensibilisieren. Wir müssen uns in der Arbeitswelt anders verhalten, uns umstellen und bewusst machen, was es bedeutet, mit größeren Hitzewellen zu leben. Das bezieht Therapie, Rehabilitation und Prävention mit ein. Wir bilden dazu auch die Mitarbeitenden in den Kliniken fort und schulen sie in den Themen, die sich durch den Klimawandel gesundheits- und krankheitsbezogen darstellen.

Ich erwarte mir vom heutigen Tag konkrete Vorschläge und Ideen für eine klimabewusste, nachhaltige Rehabilitation, Prävention und Teilhabe. Ich bin optimistisch, dass uns dies gelingt – das Bewusstsein ist vorhanden.

– **Dr. Timm Genett, Verband der Privaten Krankenversicherung**

Es war allerhöchste Zeit, mit dem NPK-Klimapapier eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Diese Bestandsaufnahme ist leider auch eine Bilanz des Scheiterns und der Versäumnisse. Wir alle haben auf den relevanten Handlungsfeldern jahrzehntelang nicht immer das getan, was notwendig gewesen wäre. Dabei geht es einerseits um Versäumnisse im Klimaschutz, dem Interventionsfeld mit dem größten Zeithorizont. So werden viele, die heute hier sitzen, die Kehrtwende im Klimaschutz gar nicht mehr erleben, weil die umzukehrenden Trends zäh sind. Andererseits geht es um Klimaanpassung, ein Bereich, in dem wir im Rahmen der NPK schwerpunktmäßig unterwegs sind. Auch in diesem Interventionsfeld beinhalten Entscheidungen und Maßnahmenumsetzung oft lange Zeithorizonte. Wer beispielsweise eine klimaresiliente Stadt bauen will, braucht zeitlichen Vorlauf. Auch in diesem Bereich haben wir lange Zeit zu wenig getan. Und dort, wo Leuchtturmprojekte entstanden sind, wurde nicht immer koordiniert gehandelt.

Ein wichtiges Motiv für das NPK-Klimapapier ist es daher, die Handlungsbedarfe erst einmal zu definieren, Verantwortungen und Zuständigkeiten zu formulieren, um dann koordiniert, zielgerichtet und zeitgerecht handeln zu können. Genau das ist in den letzten Jahrzehnten oft nicht passiert. Wer beispielsweise durch Berlin fährt, sieht, welche Architektur in den letzten drei Jahrzehnten entstanden ist. Diese setzt eigentlich kaum einen Grundsatz der Klimaanpassung um, die mehr Blau- und Grünflächen sowie Entsiegelung empfiehlt.

Ratsam ist, sich Projekte, die bereits auf dem Weg sind, genau anzuschauen. Schon heute adressieren die lebensweltlichen Präventionsprogramme viele Themen der Gesundheitsförderung, etwa Ernährung und Bewegung. Wer schon mit einer Einrichtung wie einer Kita, Schule oder einer Pflegeeinrichtung in diesen Bereichen zusammenarbeitet, sollte diesen Kanal auch für das Thema Klimawandel und Gesundheit nutzen und keine zusätzlichen, davon losgelösten Veranstaltungen konzipieren, sondern beides verzahnen – und das am besten trägerübergreifend. Dann können wir wechselseitig davon profitieren.

Die PKV selbst hat ein Forschungsprojekt mit der Berlin School of Public Health aufgelegt. Ziel ist es, das Handlungsfeld für klimagesunde Setting-Prävention zu definieren, Best-Practice-Beispiele zu sammeln und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Weil das Projekt gut zu dem passt, was wir uns im Rahmen der NPK vorgenommen haben, bringen wir es heute hier ein.

Tatsächlich ist jetzt angesagt, das NPK-Klimapapier bis November schnell zu vollenden und tätig zu werden. Ich wünsche mir, am heutigen Tag viel von anderen Teilnehmenden zu hören, von Best-Practice-Beispielen, die Mut machen, den Aufbruch zu wagen. Doch ich glaube, wir brauchen auch einen starken politischen Impuls, auch an diejenigen, die an diesem Klimapapier nicht mitarbeiten, aber eine ebenso große Verantwortung tragen.

Klimawandel und Gesundheit – Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten

Prof. Dr. Susanne Moebus, Universitätsklinikum Essen, beleuchtete, welche Folgen der Klimawandel für die Gesundheit hat und warum es wichtig ist, die Gesundheitsressourcen stärker in den Blick zu nehmen und Allianzen zu bilden. Anhand des Beispiels der Lebenswelt Stadt legte sie dar, wie es gelingen kann, klimagesunde Lösungsansätze auf den Weg zu bringen.

Das Thema Klimawandel ist für die Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen noch ein neues Thema. Zwar wissen eigentlich alle, was zu tun ist in ihren Bereichen. Aber oftmals wissen sie noch nicht so richtig, wie sie diese Schritte gehen können und was es dazu braucht. Sie sind sehr gut darin, Katastrophen zu bewältigen. Auch haben sie bereits Erfahrungen, wie die Krankheiten, die als Folge des Klimawandels auftreten, zu behandeln und welche Maßnahmen dazu nötig sind. Allerdings nehmen sie die Gründe und Prozesse, die dem vorausgehen, bisher noch nicht ausreichend in den Blick.

Fünf Kernaspekte zum Klimawandel (IPCC 2022)³

- Es gibt einen breiten wissenschaftlichen Konsens zur globalen Erderwärmung.
- Die globale Erderwärmung ist längst Realität.
- Der Klimawandel hat global gravierende Auswirkungen.
- Hauptursache des Klimawandels sind Aktivitäten des Menschen.
- Das Wissen, die Expertise und die Technologie, um proaktiv entgegenzuwirken sind vorhanden.

Maßnahmen zielen zum einen auf das Erreichen der Klimaziele und zum anderen darauf ab, Klimawandelfolgen wie extreme Hitze zu bekämpfen beziehungsweise zu minimieren. Derzeit konzentrieren wir uns im Gesundheitswesen sehr stark auf Maßnahmen, die die Folgen insbesondere der Hitze bekämpfen, während die vielen weiteren (geplanten)

Maßnahmen selten mit Gesundheit in Beziehung gesetzt werden.

Die Folgen des Klimawandels – auch für die menschliche Gesundheit – sind gut bekannt und viel kommuniziert:

- Klimatische Bedingungen: steigende Temperaturen, Extremwetterereignisse, steigender Meeresspiegel, extreme Niederschläge
- Expositionswege: extreme Hitze und Hitzewellen, Luftverschmutzung, verunreinigtes Wasser, Veränderungen der Vektorübertragung, zunehmende Allergene, Nahrungsmittelversorgung und -qualität, Bevölkerungswanderung
- Gesundheitliche Folgen: Hitzeschlag und Hitzetod, Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, gastrointestinale Krankheiten, vektor-übertragene Krankheiten, psychische Erkrankungen, ungünstiger pränataler Einfluss, physisches Trauma und Tod

Gesundheit kann auch den Klimawandel beeinflussen

Wenn es um Gesundheit und Klimawandel geht, geht es immer darum, Hitze und ihre Folgen zu bekämpfen. Doch die Auswirkungen des Klimawandels sind häufig miteinander verknüpft, sie sind kumulative und sich verstärkende Risiken für die Gesundheit. Oft ist der Blick noch zu isoliert. Wir müssen beachten, dass diese Folgen zusammen auftreten und verstärkende Wirkungen haben. Darüber hinaus gibt es das Problem, dass die schwächsten Gruppen am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Schaut man auf Klimawandel und Erkrankungen, geht der Blick immer nur in eine Richtung und zwar vom Klimawandel hin zu den Erkrankungen. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Jakarta-Deklaration zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1997 erinnern. Darin steht einer der grundlegendsten

³ Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) <https://www.ipcc.ch> und https://www.de-ipcc.de/media/content/Praesentation_AR6_WGI_Marotzke_Notz.pdf (abgerufen am 24.10.2022)



Prof. Dr. Susanne Moebus, Universitätsklinikum Essen

Sätze: Gesundheit ist ein Menschenrecht, das extrem bedeutungsvoll für eine gute soziale und ökonomische Entwicklung ist. Meines Erachtens müssen Ökonomie, Soziales und Umwelt eng mit Gesundheit verknüpft werden. Das heißt, wir müssen auch in die andere Richtung blicken. Wenn klar ist, dass die Gesundheit der Bevölkerung die ökonomische Entwicklung beeinflusst und damit indirekt auch die Folgen des Klimawandels, ist die Argumentation gegenüber der Politik und den Entscheidungsträgern eine ganz andere. Die Bedeutung der Gesundheit für diese Prozesse ist hervorzuheben. Indirekt steht Gesundheit immer über allem - alle wollen Gesundheit. Aber wenn es darum geht, Gesundheit zu schaffen und zu gestalten, wird es schwieriger. Das lässt sich beispielsweise an der Finanzierung zeigen: Nur ein Bruchteil der Klimaprojekte wird durch den Gesundheitssektor finanziert. Prävention ist insgesamt ein unterfinanzierter Bereich.

In den Lebenswelten wird Gesundheit gestaltet

In der Gesundheitsförderung geht es darum, die Lebensbedingungen des Einzelnen zu verbessern und Gesundheitsressourcen zu stärken. Einerseits haben wir die Risikofaktoren im Blick, mit denen wir danach fragen, was die Menschen krank macht. Andererseits gibt es aber auch die Gesundheitsressourcen. Was sind unsere Gesundheitsressourcen? Wie sehen diese aus und wie können wir sie gestalten und fördern, gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel? Wie können wir die Menschen gesund erhalten?

Gesundheit wird in den Lebenswelten der Menschen gestaltet und gelebt. In Deutschland funktioniert dieser Setting-Ansatz in den Lebenswelten wunderbar. Doch möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass in den Lebenswelten Gesundheit gestaltet wird, Krankheiten stehen dabei nicht im Vordergrund.

Beispiel Alltagswelt Stadt

Wenn ich Gesundheit gestalten möchte, muss ich mir die Lebenswelten anschauen, in denen die Menschen leben, zum Beispiel die Stadt. Innerhalb der Stadt gibt es weitere Lebenswelten wie Kitas, Schulen oder Krankenhäuser. Diese müssen räumlich mit Stadtvierteln/Nachbarschaften vernetzt gedacht werden, damit bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen diese Zwischenräume mitberücksichtigt werden.

Die Besonderheiten der Stadt sind:

- Hohe Bevölkerungs- und Nutzungsdichte: große Heterogenität vor allem in Bezug auf Lebensstile und Lebenslagen, kulturelle und soziale Diversität
- Komplexität urbaner Systeme: Energie-, Materie-, Informationsströme, Versorgungs-, Entsorgungs-, Gesundheits- und Verkehrssystem
- Eigenes „Ökosystem Stadt“
- Besondere Bedeutung der Folgen des Klimawandels, von Nachhaltigkeit und Resilienz

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Stadt ausgerufen. Wir müssen die aktuellen und künftigen Probleme der Menschheit ganz besonders in den Städten lösen. Die Städte werden größer, es werden mehr größere Städte und viele Probleme ballen und konzentrieren sich hier. Städte sind komplexe Systeme, viele Strukturen greifen hier ineinander. Wir müssen Lösungen für den Klimawandel in den Städten finden. Themen wie Mobilität, Versorgungsunsicherheit und die Auswirkungen einer hohen Bevölkerungsdichte müssen vornehmlich in den Städten gelöst werden.

Derart komplexe Systeme sind aber nicht vorhersehbar: Wird an einer Stelle etwas verändert, ist ungewiss, welche Auswirkungen dies an anderen Stellen haben wird. Wir müssen mit Ungewissheiten

umgehen können und diese auch mit einplanen. Das heißt, wir müssen entsprechend kommunizieren und agil handeln. Grundsätzlich müssen wir schneller werden, schneller auf Maßnahmen reagieren, vor allem wenn erkennbar wird, dass es an einer Stelle nicht funktioniert. Dafür brauchen wir Instrumente, die schnell ein- und umgesetzt werden können.

Städte werden als Risiko für die Gesundheit gesehen

Eigentlich werden Städte eher als Risiko für die Gesundheit gesehen. Dazu sagte schon Michael Marmot: „Warum behandeln wir Menschen und schicken sie an diejenigen Orte zurück, die sie krank gemacht haben?“ Wir haben in Städten eine enorme Verkehrsmobilität, die die Luft verschmutzt und Lärm verursacht. Soziale Ungleichheit ist dabei dramatisch zu erkennen. Alle, die ein wenig Geld haben, werden sicherlich nicht dort wohnen, wo der meiste Verkehr ist. Hinzu kommt, dass die Planer den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gestaltet haben, ohne einen Fokus auf Gesundheit zu legen und ohne die Bedarfe vulnerabler Gruppen zu berücksichtigen. Steile und lange Treppen beispielsweise sind Elemente, die ohne gesundheitsbezogenes Wissen geplant wurden.

Diese Art der Planung, die damals hochmoderne autozentrierte Mobilität, hat Auswirkungen, die uns heute auf die Füße fallen. Vor 50, 60 Jahren sind alle Kinder noch zu Fuß zur Schule gegangen. Heute wird im Grundschulalter mehr als ein Drittel der Kinder mit dem Auto zur Schule gebracht.⁴ Zudem wird oft vergessen, dass die Art und Weise, wie wir Verkehr und Mobilität planen, nicht nur das Klima beeinflusst, sondern auch die soziale Teilhabe. So entscheidet die Erreichbarkeit von Aktivitäten über Teilhabe. Diese wiederum ist in Städten durch einen gut ausgebauten ÖPNV meist eher gegeben als in ländlichen Gebieten. Die Mobilitätswende hat also auch positive Konsequenzen im sozialen Bereich.

4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1039428/umfrage/umfrage-zu-genutzten-verkehrsmitteln-auf-dem-schulweg-von-kindern-in-deutschland/> (abgerufen am 24.10.2022)

In Städten gibt es jede Menge

Gesundheitsressourcen

Weitere positive Aspekte in Städten sind die vorhandenen Gesundheitsressourcen:

- Nahversorgung: Geschäfte, Dienstleistungen
- Hohe Versorgungsdichte mit Gesundheitseinrichtungen
- Vielfältigkeit an Bildungseinrichtungen
- Gesundheitsförderliche Mobilität: Fußwege, Fahrradwege
- Kultur, Ästhetik, Freizeit
- Grünräume, Gewässer

Stadtplanung ist weit weg von Gesundheit

Bei der Entwicklung einer systemisch gedachten Prävention und Gesundheitsförderung können die vielfältigen Räume einer Stadt, wie zum Beispiel der gebaute Raum, der Umwelt-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Sozial-, Kultursektor, wie Schichten übereinanderliegend gedacht werden. Es sind Räume, die für sich zwar wie eigene Systeme funktionieren, aber natürlich auch nicht unabhängig voneinander. In jedem einzelnen dieser Räume sind Zusammenhänge zur Gesundheit - und damit Ansätze für Prävention und Gesundheitsförderung - identifizierbar. Wenn wir zu einer gerechten und systemisch angelegten Prävention und Gesundheitsförderung kommen wollen, hilft es, diese Räume verknüpft zu verstehen. Ein solcher Ansatz ermöglicht, Maßnahmen zur Prävention über verschiedene Räume hinweg zu gestalten, aber auch Maßnahmen und Entscheidungen in den verschiedenen Räumen mit Gesundheitsexpertise zu begleiten.

Die Realität ist aber eine völlig andere: Die dominierenden Bereiche der Stadtplanung und -gestaltung sind weit weg von der Gesundheit. Sie sind geprägt von wirtschaftlichen Interessen, einer langen autozentrierten Verkehrsentwicklung und von einem fehlenden Verständnis für Auswirkungen ihrer Planung auf die Gesundheit der Bevölkerung. Stadtplanung steht häufig an der Spitze fast jeder Kommune mit sehr bedeutsamen Funktionen. Einer der wesentlichen Aspekte ist daher, die Prinzipien von Prävention

und Gesundheitsförderung mit den genannten dominierenden Bereichen der Stadtplanung zu verzahnen.



Frage aus dem Plenum: Welche Ressourcen brauchen aus Ihrer Sicht die Kommunen, um in den von Ihnen angesprochenen Dialog treten und die Ergebnisse dieses Dialogs auch umsetzen zu können?

Ich denke dabei vor allem an Allianzen. Eine Ressource, die ich aus meiner fachlichen Perspektive sehe, ist das Wissen, das in Universitäten bereits vorhanden ist. Wenn Kommunen das geballte Wissen der Universitäten beziehungsweise der Studierenden nutzen würden, könnte viel auf den Weg gebracht werden.

Gesundheit gestalten

Kommunen haben häufig bereits Klima- und Hitzeaktionspläne oder sind aktuell dabei, diese zu erstellen. Die Fragen, die sich mir stellen sind: Wer überwacht diese Pläne, wer gestaltet sie aus der Perspektive von Gesundheit und Public Health? Wer stellt sicher, dass sie zu einer gesünderen, lebenswerteren Umwelt führen? Wer achtet darauf, dass sie gerecht verteilt sind und Chancen für alle bieten?

Fachkompetenz aus den Bereichen Gesundheit beziehungsweise Public Health ist meines Wissens bei der Erstellung der Pläne häufig nicht involviert. Die notwendigen Konzepte kommen aber aus der Prävention und Gesundheitsförderung, und nicht aus den Bereichen der Stadt- und Umweltplanung, die die Pläne zumeist entwickeln sollen.

Wir sollten uns nicht nur darum kümmern, die Klimafolgen zu minimieren, sondern auch darum, dass Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele mit der Expertise der Gesundheitsakteurinnen und -akteure initiiert werden. Wir müssen unseren Blick wieder auf die Gestaltung von Gesundheit richten. Dazu brauchen wir viele - vor allem viele Allianzen -,

die sich in diese Planungsprozesse einschalten, um Gesundheit und Gerechtigkeit für alle zu erreichen.

 **Frage aus dem Chat: Wie können realistische Ziele und Zielmarken definiert werden? Letztendlich soll eine Umsetzung auch an der Erreichung bestimmter Parameter gemessen werden, damit nach- und umgesteuert werden kann.**

Es ist absolut notwendig, realistische und klare Ziele zu setzen, deren Erreichen Politik, Städte oder auch Bürgerinnen und Bürger messen können. Andererseits ist es aus meiner Sicht nicht nötig, für jede einzelne Maßnahme, für die es bereits einen Evidenznachweis gibt, immer wieder Evaluationen durchzuführen. Sinnvoller wären Evaluationen bei veränderten Bedingungen oder neuen Entwicklungen.

Fazit

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass klimabedingte Probleme zunehmen und zunehmend stärker werden. Die dahinterstehenden Probleme sind häufig miteinander verknüpft und ungleich über die Gesellschaften und innerhalb der Gesellschaften verteilt. Um Risiken für Gesundheit, Wohlbefinden, Migration und Konflikte zu verringern, sind sowohl die politischen Maßnahmen als auch die gewählten Strategien bislang unzureichend. Wir müssen beginnen, system- und sektorübergreifende Ansätze umzusetzen. Wir müssen Allianzen erkennen und bilden.

Mit einer proaktiven, rechtzeitigen und wirksamen Klimaanpassung könnten viele Risiken für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen reduziert und einige möglicherweise vermieden werden. Doch das derzeitige Investitionsniveau reicht nicht, um die Gesundheit der Bevölkerung und der Gesundheitssysteme vor den meisten klimabezogenen Gesundheitsrisiken zu schützen.

Was aus meiner Sicht auch fehlt, ist der Dialog. Die Auswirkungen und Risiken des Klimawandels werden immer komplexer und sind schwer zu bewältigen. Der Dialog zwischen wissenschaftlichen Disziplinen und allen gesellschaftlichen Sektoren fehlt, aber genauso auch der Dialog zwischen Kommunen und Sektoren.

Das heißt, wir brauchen Allianzen. Expertinnen und Experten aus Public Health beziehungsweise der Prävention und Gesundheitsförderung haben die Expertise, Chancengerechtigkeit sowie Gesundheit für alle und Empowerment auf den Weg zu bringen. Sie können die Prozesse in den Lebenswelten planen und organisieren. Die Expertinnen und Experten aus der Umwelt- und Klimapolitik wissen um die klimapolitischen Dinge, die zu ändern sind. Diese Gruppen müssen zusammenkommen, um Synergien zu schaffen. Das muss uns gelingen!

 **Frage aus dem Plenum: Wie bewerten Sie die aktuellen Prozesse aus dem Pakt zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), und braucht man nicht noch eine andere Stärkung der Kommunalfinanzierung, um die ländlichen Räume zu stärken und die Daseinsfürsorge finanziell auf andere Füße zu stellen?**

In Sachen ÖGD wurde ein guter erster Schritt gemacht, doch das reicht noch nicht aus. Natürlich brauchen die Kommunen noch viel mehr Unterstützung, gerade wenn man auf die verschiedenen Zielgruppen blickt. Um Gesundheit wirklich finanziell zu unterstützen, müssten in allen Bereichen viel mehr Gelder fließen. Der Fördertopf insgesamt muss erhöht werden. Gesundheitsförderung und Prävention ist immer auch eine Investition in die Zukunft. Ein Vielfaches des Geldes, das jetzt für die Prävention eingesetzt wird, würde später zur Deckung von Krankheitskosten anfallen - ganz ähnlich wie beim Klimaschutz.



Was können Verantwortliche tun?

Sebastian Riebe, Finn Brüning, Jörg Freese, und Jana Luntz richteten unter der Moderation von Maike Voss den Blick auf die Lebenswelten. Sie erläuterten unter anderem, welche konkreten Ansätze sie in Sachen Klimawandel und Gesundheitsförderung bereits verfolgen und welche Ziele sie erreichen wollen. Darüber hinaus skizzierten die Diskutierenden die Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten des Klimapapiers der Nationalen Präventionskonferenz (NPK).

– Sebastian Riebe, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände verfolgen schon viele Aktivitäten, Initiativen und Kampagnen für nachhaltiges Wirtschaften. Dabei möchte ich das große Engagement und die Erfolge der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit betonen. Konkret möchte ich auf die Initiative „Chemie³“⁵ verweisen. Beteiligt sind daran unser Mitgliedsverband, der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), der Sozialpartner, also die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Verband der Chemischen Industrie (VCI). Ziel ist es, Leitlinien und Hilfestellungen für nachhaltiges Wirtschaften zu erarbeiten, die die Betriebe in der Chemiebranche anwenden können. Die Initiative thematisiert zum Beispiel gute und faire Arbeitsbedingungen. Sie legt Wert auf Tarifbindung und Mitbestimmung. Auch Gesundheit, Klima- und Umweltschutz spielen eine Rolle. Solche und ähnliche Initiativen finden sich auch in anderen Branchen.

Wir starten also nicht bei null mit unseren Aktivitäten, aber wir sind noch nicht am Ziel. Wenn ich mir darüber hinaus anschau, was der BDI fördert, finde ich das Konzept stimmig. Es sieht vor, Maßnahmen als erfolversprechend und gut anzusehen, wenn ökologische, ökonomische und soziale Belange in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden. Das finde ich, ist ein guter Dreiklang.

Mit Blick auf das NPK-Klimapapier bin ich nicht der Ansicht, dass wir schärfere Regeln oder Gesetze brauchen. Was wir als Wirtschaft nicht brauchen, sind unnötige Überregulierung und Mehrbelastung durch zu viel Bürokratie. Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft und keine „Zettelwirtschaft“. Ich bin mir nicht sicher, ob es dem Klima- und Umweltschutz nutzt, wenn wir bestimmte Prozesse zum nachhaltigen Wirtschaften dadurch verlangsamen würden. Wir müssen nicht immer die „Gesetzeskeule“ schwingen.

Vielmehr sollte man gelungene Kooperationen fördern und weiter ausbauen. Ein Beispiel aus dem Arbeitsschutz ist die sogenannte Sozialpartnereinbarung aus dem Jahr 2019 zum Umgang mit natürlicher UV-Strahlung bei Tätigkeiten im Freien. Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmerorganisationen der Bau- und Landwirtschaft, Innungen sowie die Unfallversicherungsträger aus diesen Branchen und auch die Gewerkschaften haben diese Vereinbarung auf den Weg gebracht, um ihre Beschäftigten, die überwiegend im Freien arbeiten, besser vor Hautkrebs zu schützen. Dies ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie Sozialpartner erfolgreich mit Sozialleistungsträgern zusammenarbeiten. Aufklärung und Prävention standen dabei an erster Stelle. Auch wurden Sonnenschutzpakete an Outdoor-Worker verteilt und die arbeitsmedizinische Vorsorge verbessert.

– Finn Brüning, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Die Kommunen sind seit vielen Jahrzehnten mit dem Thema Klimaschutz beschäftigt, auch wir fangen nicht bei null an. Zurzeit überlegen wir, wie wir im Bereich Bildung nachhaltiger werden und den Klimaschutz in die Schule bringen können. Dies kann beispielsweise gelingen, indem durch Alltagsaktivitäten eine Bewusstseinsbildung der Kinder und Jugendlichen gefördert wird (zum Beispiel ein Biotop in der Schule anlegen). Auch die Modernisierung der

⁵ <https://www.chemiehoch3.de>

Lüftungssysteme und die Verwendung von Beschattungselementen (zum Beispiel Sonnensegel) in Bildungseinrichtungen tragen dazu bei.

Die Themen Energieversorgung sowie Wärme und Kälte sind auch für die Gesundheit relevant. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz plant zusammen mit den Kommunen, die Wärmebende bundesweit verpflichtend einzuführen. Das bringt auch Vorteile, was das Thema Kälte angeht. Wir werden ganz neue Wärmenetze aufbauen, die auch Kälte transportieren können. Wenn wir die Lüftungssysteme modernisieren, kann neben den Schulen, auch in den Verwaltungsgebäuden oder anderen öffentlichen Liegenschaften ein viel besserer Gesundheitsschutz stattfinden. Das ist aktuell ein großes Thema, das uns als Kommunen beschäftigt. Dazu wird viel in Beratungsarbeit investiert, und auch das notwendige Geld steht dafür zur Verfügung. Viele Aufträge werden das Thema Nachhaltigkeit zum Gegenstand haben.

Wir bearbeiten auch viele kleinere Themen. So überlegen wir gerade, in den Schulen und Altersheimen Beschattungsflächen mit Sonnensegeln einzurichten. Wir hinterfragen, wie wir das Trinken fördern oder die Mitarbeitenden schützen können, zum Beispiel durch neue Arbeitszeitregelungen, die vorsehen, dass bei großer Hitze die Arbeitszeiten auf die Randzeiten verlegt werden können. Was das Thema „gute Trinkversorgung“ betrifft, bin ich großer Befürworter der Refill-Kampagne. In teilnehmenden Unternehmen oder Verwaltungen können kostenfrei eigene Trinkgefäße mit Wasser aufgefüllt werden.

Mit Blick auf das NPK-Klimapapier ist es wichtig, dass alle Akteure gemeinsam handeln. Wir Kommunen wollen drei Themen voranbringen:

1. Unsere Kommunalfinanzen müssen reformiert werden. Wir brauchen für diese Projekte mehr Geld vom Bund und den Ländern. Ein Beispiel: Ich kenne genügend Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die gern klimaneutrale Kitas bauen wollen, doch ihnen fehlt das Geld dafür. Letztlich sind sie dadurch gezwungen, nur das bauen zu

(v. l. n. r.)

Sebastian Riebe,
Bundesvereinigung
der Deutschen
Arbeitgeberver-
bände;

Finn Brüning,
Deutscher Städte-
und Gemeinde-
bund;

Jana Luntz,
Deutscher
Pflegerat;

Jörg Freese,
Deutscher
Landkreistag;

Maike Voss,
Moderatorin



können, was das Baugesetz vorgibt, bzw. sind froh, wenn sie überhaupt Kitaplätze anbieten können.

2. Wir brauchen eine Reform des Baugesetzbuchs. Aktuell haben wir eine Regelung, nach der wir in den Städten mehr Verdichtung brauchen. Wir müssen uns also die Frage stellen, wie wir das hinbekommen: Verdichtung, ein besseres Klima und eine bessere Befeuchtung der Städte.
3. Auch der Fachkräftemangel ist ein großes Problem. Wir finden kaum noch Personal, das diese ganzen Themen umsetzen kann.

– Jörg Freese, Deutscher Landkreistag

Wir haben als Gesellschaft nicht früh genug auf den Klimawandel reagiert. Was wir tun und ausbauen müssen, ist die Bildung. Zugleich müssen wir mehr zwischen dem städtischen und dem ländlich oder kleinstädtisch geprägten Raum unterscheiden. Dort stellen sich die gleichen Fragen, aber eben etwas anders. Beispiel: In Kreisen mit einem hohen Waldanteil wie dem Odenwaldkreis stellen sich wahrscheinlich ganz andere Fragen als in Ballungsräumen. Wir werden also auf kommunaler Ebene verschiedene Lösungsmodelle haben. Und das ist auch gut so, weil die Gegebenheiten unterschiedlich sind und sich auch die Leistungsfähigkeit von Gemeinden, Städten und Kreisen unterscheidet.

Was uns etwas allergisch macht, ist, dass uns in dem NPK-Klimapapier Aufgaben übertragen werden. Inhaltlich listet das Papier gute Ziele und Maßnahmen auf, doch zum Schluss heißt es dann, „verantwortlich“ sind unter anderen die Kommunen. Die Sozialversicherungsträger „unterstützen“ dabei. Lassen Sie uns ernsthaft darüber nachdenken, ob das die richtige Form des Vorgehens ist. Es kann meiner Ansicht nach nicht sein, dass von außen Tipps und Ideen aufgelistet werden, die die Kommunen dann umzusetzen haben. Wir wissen alle um die schwierige Situation der Sozialversicherungsträger, die keine Strukturen haben, um beispielsweise mit Gemeindevertretungen, Kreistagen oder Stadträten

zusammenzuarbeiten. Deshalb macht es Sinn, gemeinsam darüber nachzudenken, was wir alle tun können.

Wir stimmen in den Zielsetzungen des NPK-Klimapapiers vielfach überein. Aber wir müssen noch genauer herausarbeiten, wer welche Verantwortung übernimmt. Wir brauchen einen Konsens, was wir als Kommunen leisten können und was in unserer Verantwortung steht. Darüber hinaus brauchen wir aber auch einen Konsens darüber, was andere tun und offensiv einbringen wollen. Wenn wir über Prävention und Gesundheitsförderung reden, kann es nicht sein, dass unter dem Strich alle Aufgaben dem Staat oder den Kommunen zufallen. Auch die Sozialversicherungsträger müssen Farbe bekennen und formulieren, wofür sie sich verantwortlich fühlen und was sie als ihre Aufgabe ansehen. Das fehlt mir noch im NPK-Klimapapier, da gibt es noch Luft nach oben.

 **Frage aus dem Plenum: Wie kann man die Pflege stärker in den ÖGD beziehungsweise die öffentliche Gesundheit einbeziehen? Unter dem Stichwort „Kooperation Sozialpartner“ gibt es die schöne Idee eines Sozialraumbudgets, ein gemeinsam finanziertes Budget von allen Beteiligten, also von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern. Für wie realistisch halten Sie es, dass diese Idee in absehbarer Zeit umgesetzt wird, auch in Bezug auf Gesundheitskioske oder Community Nursing?**

Im Grundsatz ist das eine sehr gute Idee, wenn es eine ausgewogene Verteilung von Verantwortlichkeiten gibt, die unterfüttert und konkret vor Ort mit Leben gefüllt werden. Bis jetzt bezieht das NPK-Klimapapier die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und Krankenhäuser weitgehend nicht mit ein, sie sind aber wahrscheinlich nicht ganz unwichtig. Das Problem wird die konkrete Ausgestaltung sein, denn wenn man alle Akteure zusammenzählt, werden das

relativ viele sein. Aber das heißt nicht, dass man diese Idee nicht verfolgen sollte.

Zu den Gesundheitskiosken: Ich persönlich kann mit dieser Idee, die im Koalitionsvertrag steht, durchaus etwas anfangen. Aber zurzeit scheint die Implementation ein Problem zu sein. Auch mit uns muss man ein bisschen länger darüber reden, welche Rolle wir in diesem Projekt haben und warum wir Geld dazugeben sollen. Vielleicht bekommen wir gute Lösungen hin, aber ein bisschen nachdenken müssen wir darüber noch.

– **Jana Luntz, Deutscher Pflegerat**

Wir müssen uns aktiver mit dem Thema Klimawandel und Gesundheit auseinandersetzen. Die Gesundheitseinrichtungen verursachen 5,5 Prozent der Treibhausgasemissionen, das ist eine relevante Größe.

Bislang ist das Thema Klima und Gesundheit noch kein expliziter Teil in unserer Aus-, Fort- und Weiterbildung. Es gibt für die neue generalistische Pflegeausbildung fertige Curricula, die staatlich vorgegeben und geregelt sind. Doch dort hat das Thema noch keinen Eingang gefunden. Das müssen wir nachholen. Gemeinsam mit anderen müssen Pflegewissenschaftlerinnen und -wissenschaftler Interventionen zum Klimawandel und den Auswirkungen auf Patientinnen und Patienten entwickeln.

Als eine der größten Berufsgruppen im Gesundheitswesen vermissen wir es, Teil der Diskussion sein zu dürfen. Wir sind es, die die vulnerablen Gruppen versorgen, um die es geht. Damit sind wir auch Teil des Großen und Ganzen. Wir haben eine Expertise, die noch gar nicht von uns abgerufen wird. Ganz wichtig ist, dass wir vor dem Hintergrund unserer Aufgaben und Themen, die wir bewältigen müssen, aktiv in die Diskussion einbezogen werden.

Natürlich hat die Pflege eigene Vorstellungen, wir arbeiten auch mit Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern zusammen. Wir können in unsere Einrichtungen hineinwirken und für das Thema Klima und Gesundheit sensibilisieren, indem wir klarmachen, dass das auch für uns Themen sind, die wir in Medizin und Pflege abbilden müssen. Da gibt es noch genug zu tun, wir müssen uns die Realität nur vor Augen führen.

Das NPK-Klimapapier ist für uns eine Guideline und gute Grundlage, um zu überlegen, was wir brauchen. Der Deutsche Pflegerat vertritt die gesamte Pflege, also die Langzeitpflege, Altenpflege, ambulante Pflege und die stationäre Pflege. All diese Sektoren haben unterschiedliche Anforderungen, die wir betrachten müssen. Beispiel Krankenhauslandschaft: Wir haben viele Krankenhäuser, die die reinsten Glaspaläste sind – und dies ist alles andere als gesundheitsförderlich. Wie geht man nun mit diesen Bauten um, und wer bezahlt einen notwendigen Umbau? Es kann nicht allein Aufgabe der Krankenhäuser sein, diese Finanzierung sicherzustellen.

Wichtig ist uns, dass man mit den Pflegenden und den Verantwortlichen für diese Bereiche ins Gespräch kommt und abgleicht, wo wir welche Kompetenzen haben und wo wir diese einbringen können. Die Schnittstellen, die sich auftun, oder die Fragen, die noch nicht geklärt sind, sollten wir gemeinsam aufarbeiten und dafür auch Szenarien beziehungsweise Konzepte entwickeln. Daher noch mal die Botschaft: Wir wünschen uns ein Gemeinschaftswerk unter Einbeziehung der Pflege, also derer, die die vulnerablen Gruppen versorgen und die – wie alle anderen auch – selbst betroffen sind von klimatischen Veränderungen. Wir sind da, wir stehen zur Verfügung!

Transfer in die Praxis

In vier hybriden Workshops, die parallel stattfanden, stand die Frage im Mittelpunkt, wie Aktivitäten der Gesundheitsförderung und Prävention – vor dem Hintergrund des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf die Gesundheit und Chancengleichheit – zu gestalten sind. Dabei wurde der Fokus in je einem Workshop auf „Kinder und Jugendliche“, „Erwachsene in der Erwerbsphase“, „Ältere Menschen in der Kommune“ sowie auf „Menschen mit besonderen Bedarfen“ gerichtet.



Dr. Katharina Böhm, Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, Moderatorin von Workshop 1

Unter der Moderation von Maike Voss stellten die Leiterinnen und Leiter der Workshops ihre Ergebnisse vor und nannten daraus resultierende Kernbotschaften zu den Fragen:

- Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren?
- Wer sollte welchen Beitrag leisten?
- Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits?
- Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

Workshop 1: Fokus „Kinder und Jugendliche“

– Leitung und Moderation: Dr. Katharina Böhm, Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung

Im Workshop 1 lag der Schwerpunkt auf der Frage, wie negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen vermieden bzw. gemildert werden können. Die Teilnehmenden kamen aus vielen unterschiedlichen Bereichen: aus Ministerien, von den Landesvereinigungen, aus der praktischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte waren ebenso dabei wie Fachleute aus dem Setting Kindertagesstätte.

Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren?

- Kinder und Jugendliche: Es geht um ihre Zukunft, sie müssen mit dem Klimawandel leben.
- Eltern: Sie müssen mitgenommen werden, um Konfrontationen beispielsweise beim Thema „Elterntaxi“ oder bei einer geplanten Umstellung auf pflanzliche Ernährung zu vermeiden.
- Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD): Bisher verfügt der ÖGD vielerorts aber nicht über die personellen und finanziellen Ressourcen, um einbezogen werden zu können.
- Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte: Sie haben durch die Vorsorgeuntersuchungen (U-Untersuchungen) einen breiten Zugang zu allen Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern. Sie können in diesen Zusammenhängen informieren und aufklären.
- Settings: Um besonders vulnerable Gruppen der Kinder und Jugendlichen zu erreichen, müssen auch andere Settings in den Blick genommen werden, z. B. Unterkünfte für geflüchtete Menschen oder besonders prekäre Wohnverhältnisse.
- Stadtplanung und -entwicklung: Stadtplanung und -entwicklung sollten in die lokalen Gesundheitskonferenzen einbezogen werden, weil über städtebauliche Maßnahmen viel erreicht werden kann.
- Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung: Die in vielen Ländern schon vorhandenen

Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung sollten eingebunden werden, denn bestimmte Ernährungsmuster können die Gesundheit fördern und das Klima schützen – positive Nebeneffekte, sogenannte Co-Benefits, können generiert werden.

Wer sollte welchen Beitrag leisten?

- Leitfaden Prävention⁶ weiter fassen: Mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen könnte die gesetzliche Krankenversicherung über den Leitfaden Prävention dazu beitragen, Klima und Gesundheit in den für Kinder und Jugendliche relevanten Settings voranzubringen. Der Leitfaden müsste einen größeren Spielraum bieten, indem insbesondere Maßnahmen in den Settings, in denen sich Kinder bewegen, z. B. Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtungen, adressiert werden.

Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits?

- Übersicht über vorhandene Aktivitäten und Maßnahmen: Es gibt bereits viele gute Beispiele, die allerdings noch zu wenig sichtbar sind und daher vielen Akteuren nicht bekannt sind. Gerade wenn es darum geht, Kitas hinsichtlich Klimaanpassungskonzepten zu beraten, fehlt eine Übersicht über vorhandene Aktivitäten und Maßnahmen.

Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

- Hochrisikostrategie und Bevölkerungsstrategie: Um Gesundheit- und Klimaziele zu erreichen, brauchen wir sowohl eine Hochrisikostrategie, die vulnerable Gruppen adressiert, als auch eine Bevölkerungsstrategie, die die breite Bevölkerung adressiert. Hier darf es kein „entweder oder“ geben.
- Gesetzliche Vorgaben zu Klimaanpassungsmaßnahmen: Viele Akteure priorisieren das Thema noch nicht oder können dies aufgrund der begrenzten Ressourcen nicht. Wenn es keine

gesetzliche Verpflichtung gibt, zum Beispiel zur Beschattung von Außenräumen, wird dies oftmals auch nicht umgesetzt.

- Dauerhafte Finanzierung: Eine befristete Projektfinanzierung erschwert die Durchsetzung langfristiger und damit auch nachhaltiger Maßnahmen oder macht diese erst gar nicht möglich.

Workshop 2: Fokus „Erwachsene in der Erwerbsphase“

- Leitung und Moderation: Dr. Christian Felten, Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Workshop 2 nahm Erwachsene in der Erwerbsphase in den Blick und ging der Frage nach, wie negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit in der Arbeitswelt vermieden beziehungsweise gemildert werden können. Die Teilnehmenden diskutierten, was Betriebe unternehmen sollten, um die Mitarbeitenden gesund zu halten und sie vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Themen, die in diesem Zusammenhang in der Arbeitswelt ein besonderes Augenmerk verdienen, sind Hitze, UV-Strahlung, Vektoren (krankheitsübertragende Tiere, wie beispielsweise Zecken, Stechmücken), aber auch Wanderbewegungen (beispielsweise in der Landwirtschaft) und Katastrophen (wie Hochwasser).

Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren?

- Sozialpartner: Die Sozialpartner im Betrieb und überbetrieblich müssen zusammen an einem Strang ziehen.
- Arbeitgeber und Beschäftigte: Alle Beteiligten müssen überzeugt werden, Maßnahmen am Arbeitsplatz z. B. gegen Überhitzung umzusetzen.
- Betriebsräte: Auch Betriebsräte sollten in die Gefährdungsbeurteilung eingebunden werden.

⁶ https://www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/praevention_selbsthilfe_beratung/praevention_und_bgf/leitfaden_praevention/leitfaden_praevention.jsp (abgerufen am 24.10.2022)

- Arbeitsmedizinerinnen und -mediziner, Fachkräfte für Arbeitssicherheit: Die Kompetenz dieser Fachkräfte ist in den Unternehmen vorhanden und sollte einbezogen werden, wenn sich an den Arbeitsplätzen konkret etwas verändern soll.
- Gewerkschaften: Der Klimawandel kann auch ein Grund für Migration sein (zum Beispiel „Wanderarbeiter“).
- Nationale Präventionskonferenz: Sie fördert die Zusammenarbeit relevanter Akteure.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Das Projekt „Gesund und sicher arbeiten im klimatischen Wandel“⁷ thematisiert die Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.
- Angepasste Gefährdungsbeurteilungen: Unternehmen sollten das Instrument der Gefährdungsbeurteilung verstärkt nutzen, denn es bietet die Möglichkeit, Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz einzuleiten – und aus nahezu jeder Gefährdungsbeurteilung erwachsen weiterführende Maßnahmen.
- Lebenslanges Lernen und adressatengerechte Ansprache: Es sind Medien verfügbar, die die verschiedenen Zielgruppen ansprechen, beispielsweise durch mehrsprachige Angebote oder Texte in Jugendsprache. Diese sind in den jeweiligen Lebenswelten einsetzbar.

Wer sollte welchen Beitrag leisten?

- Wissenschaft: Die Erkenntnisse der Wissenschaft sollten unbedingt genutzt werden.
- Ausbildung: Die Schulen sollten Schülerinnen und Schüler von Anfang an für das Thema Klima und Gesundheit sensibilisieren. Dafür müssen die Lehrenden entsprechend qualifiziert werden.
- Fachkräfte: Fachkräfte sollten stärker einbezogen werden. Es sind Kompetenzen vorhanden, die noch zu wenig genutzt werden, z. B. im Bereich Pflege.
- Finanzielle Ressourcen: Es müssen Ressourcen für Veränderungen und Maßnahmen zur Verfügung stehen, die u. a. nach dem STOP-Prinzip eingesetzt werden: Substitution, technische Schutzmaßnahmen, organisatorische Schutzmaßnahmen, persönliche Schutzmaßnahmen.
- Hersteller: Hersteller bieten Lösungen und/oder Produkte an, um Mitarbeitende vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, z. B. im Bereich persönlicher Schutzausrüstung.

Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits?

- Projekte der Unfallversicherungsträger: Sie sehen z. B. Projekte zur UV-Belastung oder berufsgenossenschaftliche Regeln zum Schutz vor Wärme vor.
- Beratung durch die Unfallversicherungsträger: Sie kommen durch ihre aufsuchende Beratung auch mit schwer erreichbaren Gruppen wie Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, Forst- oder Weinbauerinnen und -bauern in Kontakt.



Dr. Christian Felten, Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Moderator von Workshop 2

⁷ <https://www.bmas.de/DE/Europa-und-die-Welt/International/G7-Praesidentschaft/sicherheit-und-gesundheitsschutz-am-arbeitsplatz.html> (abgerufen am 29.09.2022)



Renate Binder,
Gesunde Städte-
Netzwerk,
Moderatorin von
Workshop 3

Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

- Strukturen schaffen: Es gibt zwar schon gute Strukturen wie das Arbeitsschutzgesetz, doch das reicht nicht aus. Ergebnisse von Gefährdungsbeurteilungen müssen auch zu konkretem Handeln führen - z. B. durch zusätzliche Strukturen oder durch Vernetzung.
- Führungsebene einbinden: In einem Unternehmen muss „der Groschen gefallen“ sein - die Führungskräfte müssen sich für die Projekte begeistern.
- Nutzen transparent machen: Der Nutzen muss für das Unternehmen transparent sein und einen Mehrwert darstellen.
- Dialogforen einrichten: Durch Dialogforen können mehr Menschen erreicht werden, damit sich eine „kritische Masse“ unter den Beschäftigten bildet, die das Engagement vorantreibt.
- Private Unternehmen: Auch für private Unternehmen sollte Klimaneutralität gelten.
- Normen: Es werden Normen benötigt, die Betrieben Orientierung geben, wie man in Unternehmen Klimaschutz und Gesundheitsschutz vorantreiben kann.

Workshop 3: Fokus „Ältere Menschen in der Kommune“

- Leitung und Moderation: Renate Binder, Gesunde Städte-Netzwerk

Workshop 3 ging der Frage nach, wie negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit von älteren Menschen in der Kommune vermieden beziehungsweise gemildert werden können. Die Teilnehmenden diskutierten das Thema aus der Perspektive unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen. Auch blickten sie in die Einrichtungen und brachten Sichtweisen aus unterschiedlichen Hierarchieebenen ein.

Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren?

- Ältere Menschen: Die Gruppe der älteren Menschen ist sehr heterogen. Sie unterscheidet sich z. B. hinsichtlich ihres Alters, ihres Gesundheitszustands, ihrer Bildung, ihrer sozialen Herkunft oder ihres Migrationshintergrunds. Es gibt nicht die eine Lebenswelt, in der ältere Menschen erreicht werden können.
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren: Ein Großteil der älteren Menschen lebt allein zu Hause. Geschulte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Fachkräfte von Pflegediensten, Apothekerinnen und Apotheker, Friseurinnen und Friseure, der Einzelhandel können diese Zielgruppen erreichen. Dafür benötigen sie entsprechende Schulungsmaßnahmen und eine adäquate Vergütung.

Wer sollte welchen Beitrag leisten?

- Ausbildung: Das Thema Klimawandel und Gesundheit sollte in die Aus- und Weiterbildung verschiedener Professionen integriert werden.
- Ehrenamt und Professionalität: Ehrenamtliche können einen wichtigen Beitrag in der Gesundheitsförderung und Prävention leisten, gute Beispiele gab es in der Zeit der Corona-Pandemie.

Aber sie brauchen auch Unterstützung von professioneller Seite.

- Ältere Menschen: Die Zielgruppe sollte direkt angesprochen und befähigt werden, um z. B. besser mit der Hitze umzugehen. Bildungsangebote, wie es sie z. B. in Volkshochschulen gibt, können dabei unterstützen.
- Pflegende Angehörige: Sie sollten nicht noch mehr Verantwortung tragen müssen. Pflegende Angehörige sind oft bereits stark belastet und zählen selbst zur Risikogruppe z. B. bei Hitzeperioden.

Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits?

- Quartiersansatz: Dort können ältere Menschen erreicht werden. Es gibt schon viele Ansätze, etwa die Gesundheitslotsinnen und -lotsen, die Gesundheitsfachkräfte und Hausbesuchsdienste oder aktuell das Konzept der Gesundheitskioske. Alle diese Ansätze sollten das Thema Klimawandel und Gesundheit mitberücksichtigen.
- Adressatengerechte Ansprache: Die klassischen Medien wie Fernsehen und Radio sind geeignet, um ältere Menschen anzusprechen. Auch digitale Medien sprechen viele ältere Menschen an. Gleichzeitig gibt es auch viele Menschen, die den Umgang mit digitalen Medien nicht beherrschen.
- Models of Good Practice: Man sollte von den Erfahrungen anderer Länder lernen – dort gibt es gute Beispiele zur Erreichbarkeit älterer Menschen bei Hitze, z. B. das Hitzeregister in Frankreich. Im Falle von längeren Hitzeperioden werden die Personen, die in dem Register erfasst sind, regelmäßig angerufen und im Notfall zum Beispiel mit Wasser versorgt.

Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

- Strukturen und Zuständigkeiten klären: z. B. mithilfe von Hitzeaktionsplänen. Sie geben Mindeststandards vor und sind mit Finanzmitteln ausgestattet.

- Gesetze anpassen: Das Präventionsgesetz und die Landesgesundheitsgesetze müssen an die Erfordernisse von Klimawandel und Gesundheit angepasst werden.
- Innovationen fördern: Technologieoffene Anträge können die Technik auf den neuesten Stand bringen.

Workshop 4: Fokus „Menschen mit besonderen Bedarfen“

- Leitung und Moderation: Prof. Dr. Reinhard Burtscher, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Die Teilnehmenden im Workshop 4 diskutierten, wie negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit – insbesondere für die Gruppe der Menschen mit besonderen Bedarfen – vermieden beziehungsweise gemildert werden können. Dabei konzentrierte sich die Diskussion auf Menschen mit Behinderung – wobei auch andere Menschen besondere Bedarfe haben, zum Beispiel Menschen mit Suchterfahrung oder mit Migrationsbiografie.

Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren?

- Klimapapier: Die Themen „Inklusion“ bzw. „inklusive Aktivitäten“ sollten in das Klimapapier

Prof. Dr. Reinhard Burtscher, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Moderator von Workshop 4



der Nationalen Präventionskonferenz (NPK) eingearbeitet werden. Dies bedeutet, dass alle willkommen sind, egal welche besonderen Bedarfe Menschen mitbringen. Sollte Inklusion zu eng begrenzt auf Menschen mit Behinderungen verstanden werden, kann auch von Teilhabe statt von Inklusion gesprochen werden.

- In den Dialog kommen: z. B. mit kommunalen Einrichtungen und den Fachverbänden der Behindertenhilfe. Die zentralen Fachverbände sind unter dem Dach der Fachverbände für Menschen mit Behinderung⁸ organisiert.
- Volkshochschulen: Volkshochschulen verfügen über ein weites Netz, das gut verzahnt und gleichzeitig niederschwellig ist. Offenheit ist Prinzip und Merkmal der Volkshochschularbeit. Sie „sind offen für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für Menschen mit und ohne Behinderungen“ und gehen auf Menschen mit unterschiedlichen Lernschwierigkeiten zu.⁹
- (Fach-)Hochschulen als regionale Partner: (Fach-)Hochschulen erzeugen mit (anwendungsorientierter) Forschung und qualifizierter Netzwerkarbeit eine regionale Wirkung. Durch die Stärkung der „Third Mission“¹⁰ als eine Aufgabe der Hochschulen wird gesellschaftliches Engagement lokal gefördert. Beispiele sind das Lernen durch die aktive Beteiligung an sozialen, karitativen oder ökologischen Projekten für die Gemeinschaft (Service-Learning) oder das Community Organizing, bei dem es um die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern geht, sich für die eigenen Belange einzusetzen bzw. zu engagieren, indem beispielsweise Bürgerinnen- und Bürger-Organisationen aufgebaut werden.

Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

- Zielgruppenorientierung: Spezifische Bedarfe für Zielgruppen sollten definiert werden. Gleichzeitig sollten die Lebenswelt, in der die Menschen sich aufhalten, sowie Barrieren und Ressourcen, die es dort gibt, berücksichtigt werden.
- Barrieren identifizieren und benennen: Mit Barrieren sind nicht nur die räumlichen Barrieren gemeint, die beispielsweise Rollstuhlfahrende überwinden müssen. Gemeint sind v. a. auch unsere Einstellungen, Haltungen und Barrieren im Kopf – unser „Mindset“. Es geht darum, Diskriminierung und Vorannahmen zu verwerfen und zu überlegen, wie man durch ein Miteinander gemeinsame Aktivitäten erreichen kann.
- „Universal Design“: Angebote sollten einerseits so gestaltet sein, dass sie für alle Menschen ohne weitere Anpassungen oder Spezialisierungen nutzbar sind. Andererseits sollten sie für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sein. Dies sollte sich auch im NPK-Klimapapier wiederfinden.
- Bestehende Strukturen analysieren: Statt neue Strukturen aufzubauen, sollten bestehende Strukturen durch Vernetzung und Zusammenarbeit Schlüsselorganisationen zusammenbringen.
- Finanzielle Förderung: Kommunale Einrichtungen und die entsprechenden Fachverbände der Behindertenhilfe bedürfen entsprechender Förderung, damit sie im Bereich Klimawandel und Gesundheit mehr Aktivitäten unternehmen können.

⁸ <https://diefachverbaende.de/> (abgerufen am 29.09.2022)

⁹ https://www.vhs-profil.de/news/details/53271.offenheit-fuer-aufsuchende-bildungsarbeit-ein-notwendiger-perspektivwechsel.html?redir_object_id=51357 (abgerufen am 29.09.2022)

¹⁰ Die „Third Mission“ bezeichnet die Verflechtung der Hochschulen mit ihrer Umwelt (Gesellschaft, Kommunen, Wirtschaft). Sie ist ein Sammelbegriff für Aktivitäten, in denen die Beachtung gesellschaftlicher Trends und Bedürfnisse zum Ausdruck kommt. <https://www.che.de/third-mission/>

Welchen Beitrag kann die NPK leisten?

Arnd Spahn, Dr. Stefan Hussy und Dr. Monika Kücking reflektierten unter der Moderation von Maike Voss die vorangegangenen Beiträge und Diskussionen. Dabei ging es auch um die Fragen, wie es jetzt mit dem NPK-Klimapapier weitergeht und welche Entwicklungen sich die drei stimmberechtigten Mitglieder der NPK mit Blick auf das nächste Jahr erhoffen.

– **Arnd Spahn, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

Ich habe den Eindruck, dass die Teilnehmenden des heutigen Präventionsforums unser NPK-Klimapapier positiv aufgenommen haben. Ich nehme mit, wir haben eine gute Basis geliefert, die in den kommenden Wochen sicherlich noch ergänzt wird. So werden die heutigen Beiträge und kritischen Hinweise zu einer Weiterentwicklung unseres Klimapapiers führen. Bis November werden diese Arbeiten erledigt sein.

Mit dem heutigen Treffen konnten wir unser Netzwerk ausbauen. Ein für mich absolut gelungenes Beispiel dafür war der Beitrag von Jana Luntz vom

Deutschen Pfliegerat. Sie legte dar, dass die Pflege bereit ist, ihr Wissen und ihre Expertise einzubringen – eine tolle Haltung, die uns dabei unterstützt, Netzwerke über die Institutionen und formalen Strukturen hinweg zu gründen und zu stärken. So müssen wir vorgehen, dafür hat dieser Tag viel gebracht.

Ich wünsche mir, dass wir das Thema des heutigen Tages in einem Jahr bearbeitet und vorgebracht haben, jeder an seinem Ort, mit seinen Zielgruppen und Besonderheiten. Ziel muss es sein, Verhaltensweisen zu ändern und an die jeweilige Situation anzupassen. Wir müssen einen Sinneswandel herbeiführen, sodass sich die Menschen darüber Gedanken machen, wie sie sich besser schützen können. Wir müssen dahin kommen, nicht die Krankheiten zu managen, sondern die Gesundheit zu fördern. Das geht nur, wenn wir als Institution allen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das Nötige an die Hand geben, damit diese ihre Zielgruppen zu diesen Verhaltensänderungen anleiten können. So können wir erreichen, dass Gesellschaften sich über



Arnd Spahn,
Sozialversicherung
für Landwirtschaft,
Forsten und
Gartenbau

Lebensstiländerungen Gedanken machen und sich damit eine bessere Zukunft aufbauen.

– **Dr. Stefan Hussy, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung**

Unser NPK-Klimapapier soll zum Handeln führen. Es passiert zwar schon sehr viel in unseren jeweiligen Kompetenzbereichen, aber diese müssen noch stärker miteinander gedacht und vernetzt werden. Gut finde ich, dass viele Vernetzungen bereits wirken, wie beispielsweise die heute angesprochene Sozialpartnerschaft aus dem Jahr 2019, die besonders sonnenexponierte Beschäftigte in den Blick nimmt. Und ich nehme aus den Diskussionen mit, den Aspekt der Nachhaltigkeit auch bei Angeboten für besonders vulnerable Gruppen stärker mitzudenken – wir als Unfallversicherung betreuen beispielsweise Menschen nach schweren Unfällen und engagieren uns im Behindertensport.

Letztlich geht es darum, dass wir als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren andere dazu befähigen, die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu vermindern und dabei Maßnahmen zu ergreifen, die die Dynamik des Klimawandels verlangsamen und Emissionen reduzieren. Wir könnten beispielsweise darauf hinwirken, Schulen und Kitas klimaresilient zu bauen, sodass Wärme und Hitzeinstrahlung die Kinder nicht gefährden. Auch bei der Planung von Gebäuden, Industrie- und Werkhallen sind diese beiden Aspekte zu berücksichtigen.

Die Unfallversicherung hat strategische Ziele. Eines davon ist der Klimawandel und die Bedeutung für den Arbeitsschutz. Und wir haben das Thema Nachhaltigkeit als Zukunftstrend identifiziert, den wir auch in unserem Präventionsradar betrachten.

Drei Ansätze sind für uns als Unfallversicherung wichtig:

- Forschung: Wir werden weiterhin forschen, z. B. im Projekt „GENESIS-UV“ dazu, wie häufig Menschen UV-Strahlung ausgesetzt sind, oder zu den

Auswirkungen hoher Temperaturen bei gleichzeitig hoher Luftfeuchtigkeit auf Menschen. Wir wissen vieles einfach noch nicht.

- Qualifizierung: Wir wollen diejenigen, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Betrieben, aber auch in den Kommunen z. B. für den Bereich Bau von Schulen und Kitas tätig sind, zu Aspekten der Nachhaltigkeit bei den Themen Sicherheit und Gesundheit qualifizieren. Wie kühle ich z. B. Räume, ohne Klimaanlage einzusetzen? Welche Baustoffe verwende ich bei Gebäuden?
- Beratung: Wir werden die Beratungen in den Betrieben verstärken und dabei auch über Aspekte des reinen Arbeitsschutzes hinausgehen. Denn nicht nur Arbeitsschutz ist Gesundheitsschutz, auch Nachhaltigkeit ist Gesundheitsschutz. Dies führt zu einer Rollenbildänderung unserer Aufsichtspersonen. Wir werden das Thema bei Betriebskontakten konkret ansprechen und für Fragen zur Verfügung stehen und dazu vorab unser Aufsichtspersonal, aber auch betriebliche Akteurinnen und Akteure wie Fachkräfte für Arbeitssicherheit entsprechend qualifizieren. Dabei ist für uns auch die Vernetzung insbesondere mit den Krankenkassen wichtig.

– **Dr. Monika Kücking, GKV-Spitzenverband**

Wenn ich auf die Veranstaltung zurückblicke, finde ich, dass wir das richtige Thema gewählt haben. Die Diskussionen, die ich verfolgen konnte, haben mir gezeigt, dass wir einen Impuls setzen können, indem wir das Thema im Rahmen der NPK und mit weiteren Akteuren gemeinsam angehen.

Wir können das Thema zunächst politisch adressieren. Darüber hinaus gilt es, konkrete Schritte umzusetzen. Zum Beispiel wollen wir die Bundesrahmeneempfehlungen weiterentwickeln, indem wir sie unter anderem um gesundheitsbezogene Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel erweitern. Ebenso bedarf es einer Berücksichtigung in den Landesrahmenvereinbarungen (LRV).



(v. l. n. r.)
 Dr. Monika Kücking, GKV-Spitzenverband;
 Dr. Stefan Hussy, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung;
 Arnd Spahn, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau;
 Maiko Voss, Moderatorin

Die Akteure der LRV-Gremien können gemeinsame Maßnahmen besprechen, die zu konkreten Handlungen vor Ort führen.

Darüber hinaus sind wir als gesetzliche Krankenversicherung (GKV) gerade dabei, unseren Leitfaden Prävention weiterzuentwickeln, in dem die förderfähigen und von der GKV finanzierten Präventionsmaßnahmen definiert sind. Wir wollen den Leitfaden um das Thema Klimawandel und Gesundheit erweitern und damit weitere Unterstützungsmöglichkeiten der GKV in der Gesundheitsförderung und Prävention schaffen. Wir sehen dies als Querschnittsaufgabe an. Maßnahmen, die bisher schon Bewegung oder Ernährung thematisierten, werden sich auch mit Fragen des Klimaschutzes befassen. Ein Beispiel für Ansätze, die wir damit verfolgen wollen, ist die Entwicklung eines Modellkonzepts für eine klimaneutrale Kantinenversorgung. Dieses soll dann auch auf andere Kantinen übertragbar sein.

 **Frage aus dem Chat: Geht es in dem Kapitel für den GKV-Leitfaden nur um Klimaschutz und Gesundheit oder auch um Klimaanpassungsmaßnahmen?**

Es geht darum, dass wir die Auswirkungen, die der Klimawandel auf die Gesundheit haben kann, in den Blick nehmen und in die bereits vorhandenen GKV-Angebote als Thema integrieren. Zum Beispiel nehmen wir in unsere Schulungsangebote zur gesunden Ernährung das Thema Klimaschutz mit auf, indem wir unter anderem auf die Vorteile regionaler Produkte hinweisen.

Ich erhoffe mir, dass wir alle in einem Jahr ein gemeinsames Zielbild entwickelt und festgeschrieben haben und alle Akteure den Beitrag, den sie leisten können, für sich klar definiert haben. Bis dahin sollten wir alle miteinander abgestimmt haben, wo es Schnittstellen gibt und wer mit wem in welcher Hinsicht zusammenarbeitet - mit dem Ziel, gemeinsam möglichst viel zu erreichen.

Klimawandel, Gesundheitsförderung und Prävention – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe



Dr. Beate Grossmann, Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung

Dr. Beate Grossmann, Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, fasste die wichtigsten Ergebnisse des Präventionsforums entlang der Leitfragen zusammen und legte dar, welche Impulse des Forums in das NPK-Klimapapier Eingang finden könnten.

Der Weltgesundheitsorganisation zufolge ist der Klimawandel die größte Bedrohung für die Gesundheit der Menschheit im 21. Jahrhundert. Wir alle müssen begreifen lernen, dass die damit verbundenen Krisen eben nicht passager sind, sondern unseren Alltag fortan bestimmen werden.

Lösungsansätze, neue Erkenntnisse und frische Ideen

Wie schaffen wir es, so damit umzugehen, dass uns diese Situation nicht ohnmächtig macht? Wie können wir den Herausforderungen begegnen, die der Klimawandel für die lebensweltbezogene Gesundheitsförderung und Prävention mit sich bringt? Das war der „rote Faden“ des heutigen Präventionsforums, den die Referierenden und Diskutierenden in den unterschiedlichen Programmformaten aufgegriffen haben und entlang dessen sie Lösungsansätze, neue Erkenntnisse und frische Ideen für die künftige Ausrichtung von Aktivitäten der NPK präsentierten.

Die Impulse des Präventionsforums sollen im Hinblick auf ihre Relevanz für das NPK-Klimapapier reflektiert und nach Möglichkeit in dieses aufgenommen werden. Welche Impulse könnten das sein? Entlang der Leitfragen des heutigen Tages möchte ich zunächst die wichtigsten Ergebnisse in Erinnerung rufen, um im Anschluss daran diese Frage zu beantworten. Leitfragen waren: Was wird bereits getan? Wer ist einzubeziehen, damit alle, insbesondere vulnerable Gruppen, erreicht werden und von den Leistungen der Prävention, Gesundheits-, Sicherheits- und Teilhabeförderung profitieren? Wer sollte welchen Beitrag leisten? Welche erfolgversprechenden Ansätze gibt es bereits? Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sind hilfreich?

Das Bewusstsein ist da, tätig werden zu müssen

Konsens besteht darüber, dass wir lange Zeit bei Weitem nicht genug für das Erreichen der Klimaschutzziele, für Mitigation und Anpassung getan haben. Mittlerweile haben wir die Dramatik erkannt, das Bewusstsein dafür ist da, tätig werden zu müssen. Es geht um nicht weniger als um die Bewohnbarkeit der Erde. Zugleich ist es notwendig, Allianzen einzugehen und den gesundheitlichen Nutzen klimaschützender Maßnahmen in Prozesse einzubringen, in denen wir als Public-Health- und Gesundheitsförderungs-Community noch nicht vertreten sind. Was wir spezifisch einbringen können, sind vor allem unsere Kompetenzen, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Es gibt bereits eine Reihe von Maßnahmen unterschiedlicher Akteure. Nun gilt es, diese transparent zu machen, wirksam aufeinander zu beziehen und zu koordinieren.

Dafür wurde das NPK-Klimapapier unter anderem geschrieben. Auch die Beteiligten sehen es als geeignetes Gerüst dafür an. Doch insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen und der Pflege haben deutlich gemacht, dass ihre Stimmen noch nicht genügend zur Geltung kommen. So hebt das Papier zum Beispiel deutlich die Verpflichtung der Kommunen hervor, während die NPK-Träger lediglich

ihre unterstützenden Beiträge benannt hätten. Auch für dieses Präventionsforum lässt sich sagen: Verantwortlichkeiten und Finanzierung sind die Punkte, entlang derer Konfliktlinien verlaufen, die noch der Aushandlung bedürfen.

Vulnerable Gruppen vor den Folgen des Klimawandels schützen

Wir wissen viel, der Wissensstand wächst, aber noch befinden wir uns auf der Ebene des Agenda Settings. Die Ergebnisse der Workshops, in denen es um die Frage ging, wie Aktivitäten der Gesundheitsförderung und Prävention zu gestalten und zu verankern sind, lassen sich stichwortartig folgendermaßen zusammenfassen:

- Für Kinder und Jugendliche: vorhandene Models of Good Practice transparent machen, gesetzliche Verpflichtungen erlassen, zum Beispiel für die Beschattung von Außenräumen, Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung einbinden, Stadtplanung und Stadtentwicklung in die Gesundheitskonferenzen einbeziehen
- Für Erwachsene in der Erwerbsphase: die Führungsebene sensibilisieren, die Sozialpartner zusammenbringen, die Gefährdungsbeurteilung durchführen und Maßnahmen daraus ableiten, Arbeitsmedizinerinnen und Arbeitsmediziner sowie Fachkräfte für Arbeitssicherheit einbeziehen, die Notwendigkeit der Finanzierung infrastruktureller Maßnahmen sehen
- Für ältere Menschen in der Kommune: Quartiersansatz wählen, Bedarf erheben, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren schulen, dabei auch an Einzelhandel, Friseurinnen und Friseure sowie das Ehrenamt denken, Klimawandel und Gesundheit in die Aus- und Weiterbildung der verschiedenen Professionen integrieren
- Für Menschen mit besonderen Bedarfen: klären, welche spezifischen Bedarfe bestehen, vorhandene Barrieren identifizieren und benennen, Einstellungen und Haltungen überprüfen und Barrieren überwinden, Vernetzung und Zusammenarbeit in der Kommune fördern, dabei die Fachverbände

der Behindertenhilfe einbinden, Angebote sollten durch ein Universal Design für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sein

Diese Punkte müssen in den sich anschließenden Überarbeitungsschritten noch kategorisiert und konkretisiert werden.

Beiträge der NPK zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Gesundheit

Welchen Beitrag kann die NPK leisten, um den Herausforderungen zu begegnen, die sich durch die Folgen des Klimawandels für die Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten ergeben? In der Abschlussrunde haben die Träger der NPK darauf hingewiesen, dass sie die Bundesrahmeneempfehlungen um gesundheitsbezogene Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel erweitern wollen. Darüber hinaus will die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) bis Ende des Jahres den Leitfadens Prävention entsprechend weiterentwickeln.

Neben den bereits im NPK-Klimapapier beschriebenen Beiträgen der Sozialversicherungsträger und der Privaten Krankenversicherung (PKV) wurde der bedeutsame politische Einfluss der NPK hervorgehoben. Hier wäre künftig noch genauer zu beleuchten, worin diese Hebelwirkung der Sozialversicherungsträger besteht und wie sie für Klimaschutz und -anpassung noch wirksamer werden kann.

Zurück zur Frage, welche Impulse des Präventionsforums 2022 in das NPK-Klimapapier Eingang finden könnten: Rollen und Verantwortlichkeiten müssen noch weiter geschärft werden und bis zum nächsten Jahr geklärt sein, insbesondere was die Einbindung der Pflege und der Kommunen sowie das Aufgreifen des Konzepts des Universal Designs anbelangt.

Das Präventionsforum wird durchgeführt von der

Die Träger der Nationalen Präventionskonferenz (NPK):

